



Die Orbán-Regierung und ihre „unorthodoxe“ Wirtschaftspolitik

Zoltán Farkas

– Arbeitspapier –

Friedrich Ebert Stiftung Budapest

Mai 2013

Einleitung

Die europäische Krisenbewältigung ist nicht erfolgreich, die ungarische dagegen ist es – behauptet Regierungschef Viktor Orbán, und seine Minister prahlen mit Vorliebe, dass immer häufiger auch andere Länder die unüblichen ungarischen Methoden übernehmen. Doch diese Behauptungen hinken in zweierlei Hinsicht: zum einen liegt die ungarische Wirtschaftsleistung unter dem EU-Durchschnitt, und zum anderen werden die für Marktwirtschaften ungewohnten Praktiken, die sich die ungarische Politik einfallen ließ, auf diese Weise zusammen nirgendwo in einem einzigen Paket angewendet. Doch gerade in diesem unorthodoxen Politikmix ist die Hauptursache für die schwache Wirtschaft Ungarns zu suchen. Zunächst ein Blick auf die Fakten!

	2010	2011	2012	2013*
BIP (Veränderung in Prozent)	1,30	1,60	-1,70	0,2/0,7
Verbraucherpreisindex (Veränderung in Prozent)	4,90	3,90	5,70	2,6/3,1
Arbeitslosenrate (in Prozent)	11,20	10,90	10,90	11,4/10,7
Haushaltsdefizit/-überschuss (in Prozent BIP)	-4,20	4,30	-1,90	-3,0/-2,7
ohne verstaatlichtes Vermögen der privaten Rentenkassen	-4,50	-6,20	-3,40	-4,50
Staatsverschuldung (in Prozent BIP)	81,80	81,40	79,20	79,7/78,1
ohne verstaatlichtes Vermögen der privaten Rentenkassen	82,00	87,70	85,50	86-87

* Prognose der Europäischen Kommission/ungarischen Regierung

Quelle: EC Spring Forecast, aktualisiertes Konvergenzprogramm Ungarns, April 2013

Das Wachstum der ungarischen Wirtschaft lag im Zeitraum 2010-2012 unter dem EU-Durchschnitt (EU: 2010: 2,0%, 2011: 1,5%, 2012: -0,3%), und das bei einer hohen Inflation und einer, dem EU-Durchschnitt entsprechenden Arbeitslosigkeit. Die wichtigsten Erfolgsindikatoren für die Regierung – Abbau der Staatsverschuldung und Senkung des Haushaltsdefizits unter drei Prozent – sind auf eine einzige Tatsache zurückzuführen: die De-facto-Verstaatlichung des Vermögens der privaten Rentenkassen, die 1998 obligatorisch als zweiter Pfeiler des Rentensystems eingerichtet worden waren. Wäre das nicht geschehen, würde die Staatsverschuldung weit über 85 Prozent des BIP liegen und auch das Haushaltsdefizit mehr als 4 Prozent betragen. Bezeichnenderweise ließen die Spitzenpolitiker Europas, allen voran Angela Merkel, es während der Zypern-Krise nicht zu, das dortige Rentenkassenvermögen auf dem Altar der Finanzkonsolidierung zu opfern.

Beim derzeitigen Wechselkurs (1 EUR = 300 HUF) floss ein Rentenkassenvermögen von etwa 10 Milliarden Euro ins Staatssäckel. In diesem Zusammenhang gab der Regierungschef das Versprechen ab, diese Mittel ausschließlich zum Abbau der Staatsverschuldung und für Rentenzahlungen zu verwenden. Doch es kam anders, denn nur 4,6 Milliarden Euro wurden dafür ausgegeben, und der Rest ad hoc für anderweitige Zwecke der Regierung. Da das übernommene Rentenvermögen den EU-Normen entsprechend im betreffenden Jahr als Haushaltseinnahme verbucht werden musste, wies die Haushaltsbilanz 2011 laut EU-Verrechnung einen Überschuss von 4,3 Prozent auf. Ansonsten wäre das Jahr mit einem Defizit von 6 Prozent abgeschlossen worden. Das nahm die Europäische Kommission dann

auch nicht wortlos hin. Sie beanstandete die Verschlechterung der strukturellen Bilanz und erwartete, dass die Regierung den Haushalt nachhaltig in Ordnung bringt. Durch die Auflösung des zweiten Rentensystempeilers wird der Staatshaushaltssaldo in jedem Jahr automatisch um mindestens 1,5 % des BIP aufge bessert, sofern die entsprechenden Rentenbeiträge nicht mehr in private Rentenkassen, sondern in den staatlichen Rentenversicherungsfonds fließen.

Das ist der stärkste Bestandteil der unorthodoxen ungarischen Wirtschaftspolitik, und zugleich auch der schädlichste. Dadurch, dass ein Teil der Rentenkassensparnisse für Haushaltszwecke ausgegeben wurde, verschlechterte sich langfristig gesehen die Finanzierbarkeit des Rentensystems, und die Verstaatlichung als solche stellte die Rechtssicherheit insgesamt in Frage. Der unorthodoxe Politikmix bildete sich stufenweise heraus und geht heute immer mehr in Richtung einer Art staatskapitalistischen Modells. Dessen Hauptmerkmal ist es, dass die Zentralisierung mit der Beschränkung von politischen und individuellen Rechten ebenso einhergeht, wie mit einer exzessiven Einflussnahme der Regierung auf die Medien und einer breit angelegten ideologischen Offensive. Wirtschaftspolitisch gesehen sind die wichtigsten Schritte folgende: Sonderbesteuerung von Banken und multinationalen Unternehmen, Voluntarismus, Mildtätigkeit mit den Profiten der Privatwirtschaft, Verstaatlichungen, Errichtung neuer Staatsmonopole, Vereinnahmung unabhängiger Institutionen, Verankerung der Hauptbestandteile der Regierungspolitik in Gesetzen, die eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit erfordern, Abkehr von den Normen und Empfehlungen der Europäischen Kommission und des IWF, Verkündung eines „Freiheitskampfes“ gegen sie.

Von vornherein baute diese Wirtschaftspolitik auf falschen Prämissen auf. Im Wahlkampf hatte Viktor Orbán kräftige Steuersenkungen versprochen und beteuert, er sei zu keinen Sparmaßnahmen bereit und werde andere Methoden bei der Krisenbewältigung anwenden als seine Vorgänger. Bis heute besagt sein europaweit verkündeter Grundsatz, dass die ungarische Wirtschaft im Frühjahr 2010, als er an die Macht kam, schlechter dastand, als die griechische. Das bestätigen jedoch weder die Finanz- noch die Schuldenindikatoren oder Risikoaufschläge. Der größte Unterschied liegt auf der Hand: Ungarn konnte seine Schulden auf dem internationalen Geldmarkt erneuern, und seine Staatspapiere stuften die Bewertungsagenturen als zur Anlage empfohlen ein (bis zum Herbst 2011), während Griechenland von internationalen Organisationen über Wasser gehalten wurde.

	Ungarn	Griechenland
Haushaltsdefizit 2009*	4,6	15,6
Staatsverschuldung Ende 2009*	79,8	129,7
Risikoaufschlag f. Staatspapiere Frühjahr 2010**	180-250	um 1000

* In Prozent BIP ** Credit Default Swap, CDS

Quelle: Europäische Kommission, Bloomberg

Der Verweis auf die wirtschaftliche Notlage diene als Vorwand für eine Gesetzesänderung, der zufolge das Verfassungsgericht ab 2010 Gesetze, die den Haushalt, Daten und Abgaben betreffen, nicht mehr annullieren darf, selbst im Falle von offensichtlichen Rechtsverletzungen nicht, wenn diese mit Rückwirkung festgestellt wurden. Eingeschränkt wurden die Rechtsbefugnisse des Verfassungsgerichtes, sozusagen als Strafe, nachdem es ein Gesetz annulliert hatte, dem zufolge Abfindungen im staatlichen Sektor zu 98 Prozent besteuert worden wären, rückwirkend über mehrere Jahre hinweg. Danach wurde es zur gängigen Praxis, eindeutig verfassungswidrige Rechtsvorschriften geradewegs in die Verfassung selbst (seit Januar 2012 in das neue Grundgesetz) zu schreiben, nach dem Motto: sicher ist sicher. Der letzte Fall dieser Art war die vierte Verfassungsänderung im März dieses Jahres, mit der sogar mehrere Gesetze, die das Verfassungsgericht früher annulliert hatte, in das Grundgesetz aufgenommen wurden. Gleichzeitig wurden vor Inkrafttreten des Grundgesetzes getroffene Entscheidungen des Verfassungsgerichtes außer Kraft gesetzt und damit mehr als zwei Jahrzehnte in der ungarischen Verfassungskultur ausradiert.

Die unorthodoxen Elemente der Wirtschaftspolitik im Einzelnen

1. Verzerrung des Steuersystems

Das einzig markante Wahlversprechen des Fidesz war die Steuersenkung. Dafür fehlte allerdings die Deckung im Haushalt. So fand der Fidesz 2010 neue Lösungsmöglichkeiten und betrat damit den Weg hin zu unorthodoxen Methoden. Nach dem Wahlsieg machte er sich sofort daran, stufenweise das System einer 16prozentigen Einkommenssteuer (Pauschalsteuersatz) aufzubauen. Fertig war es Ende letzten Jahres. Als Anreiz für Klein- und Mittelstandsunternehmen senkte man die normative Körperschaftssteuer bis zu einem Umsatz von HUF 500 Millionen von 19 auf 10 Prozent. Doch die dadurch verursachten Einbußen bei den Haushaltseinnahmen mussten irgendwie wettgemacht werden. Zuerst verhängte man also eine Sondersteuer für den Finanzsektor, rückwirkend und mit der Bilanzhauptsumme von 2009 als Grundlage. (Das ist auch heute noch die Steuerbemessungsgrundlage, unabhängig davon, wie sich das betreffende Geldinstitut in der Zwischenzeit wirtschaftlich entwickelt hat.) Die Höhe wurde so bemessen, dass HUF 180 Milliarden an Mehreinnahmen (0,7 Prozent des BIP) in den Staatshaushalt fließen, weil so viel Geld gebraucht wurde. Ursprünglich war die Bankensteuer für drei Jahre vorgesehen, mit dem Versprechen, deren Höhe 2012 zu halbieren und sie dem EU-Niveau anzunähern. Das geschah nicht, im Gegenteil: Viktor Orbán beschloss beim fiskalen Schlagabtausch mit der Europäischen Kommission im Herbst letzten Jahres, die Bankensondersteuer für immer beizubehalten. Darüber hinaus führte die Regierung im Januar dieses Jahres die Transaktionsgebühr in Höhe von 0,2 Prozent (höchstens HUF 6000 für einen Vorgang, 0,3 Prozent bei Barauszahlungen) ein, mit der Finanzvorgänge besteuert werden.

Für drei Jahre hatte die Regierung 2010 die Branchensondersteuern angekündigt, ebenfalls rückwirkend. Für den Kleinhandel, den Telekommunikations- und den Energiebereich wurde eine gestaffelte, progressive Steuer festgesetzt, deren Bemessungsgrundlage der Nettopreiserlös ist. Die größten Lasten trugen Supermarktketten, Telefondienstleister und Energieunternehmen in mehrheitlich ausländischem Besitz. Tatsächlich liefen die

Branchensondersteuern, die dem Haushalt Einnahmen in Höhe von insgesamt HUF 150 Milliarden bescherten, am 1. Januar 2013 aus, doch die Regierung verkündete an ihrer Stelle sofort neue. Im Telekommunikationsbereich muss schon seit dem letzten Sommer für Gespräche und Textnachrichten eine Steuer entrichtet werden, jeweils 2 Forint pro Minute und SMS. Seit Januar dieses Jahres zahlen die Besitzer öffentlicher Versorgungsleitungen für jeden Meter ihrer Wasser-, Abwasser-, Gas- und Stromleitungen HUF 125. Energieunternehmen entrichten neben der üblichen Körperschaftssteuer eine zusätzliche Einkommenssteuer von 31 Prozent. Zusammen mit den 19 Prozent normaler Körperschaftssteuer entzieht ihnen der Staat somit die Hälfte ihres Profits. Immer größer werden auch die zusätzlichen Lasten für Arzneimittelhersteller und –vertriebsfirmen. Sie tragen zur Subventionierung rezeptpflichtiger Medikamente durch die Krankenkassen bei, mit anderen Worten zur staatlichen Subventionierung ihrer eigenen Produkte. Mit einer Sondersteuer (Chips-Steuer) wird ebenfalls der Verkauf von Produkten, die als gesundheitsschädlich eingestuft sind, belegt.

Als ideologische Erklärung für die auswuchernden Steuern wird angeführt, dass die Regierung die Steuern, die auf der Beschäftigung lasten, senkt und im Gegenzug die Umsatzsteuern erhöht. Ersteres wurde nur teilweise getan, wenn man bedenkt, dass die Steuer- und Abgabenlasten für geringer Verdienende durch die Umstellung auf die Pauschalsteuer enorm gestiegen sind. Im Gegensatz dazu ist die Anhebung der Umsatzsteuern zu „gut“ gelungen. Mit 27 Prozent ist die allgemeine Umsatzsteuer die höchste in ganz Europa, und auch die Sondersteuern auf die Bilanzhauptsummen von Banken, auf Nettopreiserlöse und ungesunde Nahrungsmittel sind im Grunde genommen Umsatzsteuern, die den Preis für die jeweilige Produktgruppe nach oben treiben. Im vergangenen Jahr hatten die Steuern einen Anteil von 2,2 Prozentpunkten am Verbraucherpreisanstieg, der 5,9 Prozent betrug.

Die spontanen Steuern verzerren den ungarischen Markt. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission stieg der Anteil der Sondersteuern am BIP zwischen 2009 und 2013 von 0,5 auf 2,5 Prozent, während die normative Körperschaftssteuer mit nur 1 Prozent am BIP ins Gewicht fällt. Mit anderen Worten zahlen die Firmen, die mit der Sondersteuer belegt wurden, insgesamt mehr Steuern als alle anderen Unternehmen in den übrigen Branchen. Außerdem zahlen Unternehmungen den örtlichen Kommunen auch eine umsatzabhängige Gewerbesteuer, die 1,5 Prozent des BIP ausmacht. Gegen die Sondersteuern legten die Betroffenen Beschwerde bei der Europäischen Kommission wegen des Verdachts auf Diskriminierung ein – nicht ohne Grund. Die Telekommunikationssteuer ist bereits vor der Europäischen Kommission, und wenn die ungarische Regierung verliert, kann sie das bis zu HUF 200 Milliarden kosten.

Aufgrund der Bankensteuer und des Drucks, dem der Finanzsektor ausgesetzt ist, schrumpft seit 2010 das Volumen neu gewährter Kredite. Bis dahin waren die Stammhäuser der Banken im Rahmen der Wiener Initiative, die die IWF-Vereinbarung unterstützte, bereit, weiter auf dem ungarischen Markt zu agieren. Als dann aber die Orbán-Regierung in jenem Sommer den IWF – mit den Worten des Wirtschaftsministers – „hinauswarf“, fand ihr Engagement ein

Ende. Die Regierung versucht nun, mit Unterstützung der Notenbank Geld in die Wirtschaft zu pumpen, obwohl der IWF vor diesem Schritt gewart hatte. In den mit der Sondersteuer belasteten Bereichen kam es zu einem Investitionsrückgang.

Investitionsvolumen (in Prozent, Vorjahr = 100)

	2011	2012
Energie	91,9	61,4
Handel	95,9	97,5
Finanzen, Versicherung	81,6	62,7
Informatik, Kommunikation	85,7	110,9

Quelle: KSH – Zentrales Amt für Statistik

Der Mangel an „Extraprofiten“, die aus dem Bankensystem und den drei Branchen abgezogen wurden, zeigt sich nicht nur im Investitionsrückgang, sondern auch in Arbeitslosigkeit mit ihrer konstant hohen Rate und dem langsamen, potenziellen Wachstum der ungarischen Wirtschaft. Die Investitionen rutschten auf unter 16 Prozent des BIP und erreichten damit ihren historischen Tiefpunkt, während der IWF das potenzielle BIP-Wachstum im Zeitraum bis 2018 mit 1,8 Prozent veranschlagt. Damit kann Ungarn den EU-Durchschnitt nicht erreichen, schlimmer noch: der Rückstand wird sich höchstwahrscheinlich vergrößern, zu den Rivalen in der Region auf jeden Fall.

2. Voluntarismus

Der Traum von Beschäftigung. 2010 hatte der Fidesz im Wahlkampf eine Million neue Arbeitsplätze in einem Zeitraum von zehn Jahren versprochen. Im Vergleich dazu stieg die Beschäftigtenzahl bis Februar 2013 um höchstens 100.000, und das ausschließlich aufgrund des breit angelegten gemeinnützigen Arbeitsprogramms, in dem bereits 300.000 Menschen beschäftigt werden. Die Beschäftigungsrate erreicht die Werte aus der Zeit vor der Krise, die auch damals schon niedrig waren, nicht, und die Arbeitslosigkeit ist trotz der forcierten gemeinnützigen Beschäftigungsprogramme nicht gesunken.

Der Traum vom Wachstum. Die Fidesz-Wirtschaftspolitiker forcierten die Einführung der Einkommenssteuerepauschale und Senkung der Körperschaftssteuer auf 10 Prozent bei einem Umsatz von höchstens HUF 500 Millionen mit dem Ziel, das Wachstum zu beschleunigen. Laut Konvergenzprogramm vom April 2011 hätte das BIP schon in jenem Jahr um 3 Prozent anwachsen müssen, und bis 2015 sollte sich das Wachstum zwischen 3 und 3,5 Prozent bewegen. In der so genannten dynamischen Phase des Programms war für 2014 sogar von 5,2 Prozent Wachstum zu lesen. Demgegenüber war das vergangene Jahr von Rezession geprägt. Für dieses Jahr erwarten Analysten stagnierende Werte. Das ungarische BIP bleibt um fast 6 Prozentpunkte unter dem Wert vor der Krise.

Der Traum von Steuersenkungen. Im Széll-Kálmán-Plan wurde für 2013 eine Staatsverschuldung von 69,7 und für 2014 von 66,7 Prozent versprochen. Im Vergleich dazu lag die Staatsverschuldung Ende des vergangenen Jahres bei 79,2 Prozent und damit über dem Wert vor der Krise. Unter Verweis auf das langsame, potenzielle Wachstum geht der IWF in

seiner Prognose vom Januar davon aus, dass die Staatsverschuldung in den kommenden drei Jahren über 80 Prozent liegen wird. Zur gleichen Schlussfolgerung kamen im Februar auch die Analysten der Ungarischen Nationalbank. In ihrer Frühjahrsprognose sagt die Europäische Kommission bis Ende dieses Jahres eine Staatsverschuldung von 79,7 und bis Ende 2014 von 78,9 Prozent des BIP vorher.

Der Finanzierungstraum. Mehrfach erklärte der Regierungschef, dass der Anteil der ungarischer Banken an der Kreditvergabe auf 50 Prozent erhöht werden müsse. Heute wird der Mittelbestand der Banken in mehrheitlich ausländischem Besitz bei 70 Prozent liegen. Allem Anschein nach beabsichtigt die Regierung, die Proportionen zu verändern, indem sie die Privatbanken verbluten lässt. Diese wiederum reagierten darauf, indem sie die Kreditvergabe einschränkten, ihre ungebundenen Mittel abzogen, Entwicklungsvorhaben einstellten, Personal abbauten und ihre Aktivitäten regional umpositionierten.

3. Mildtätigkeit auf Kosten der Profite in der Privatwirtschaft

„Geld lässt sich nur da holen, wo es Geld gibt“ – erklärte der Regierungschef im Herbst 2010, als die Sondersteuern verkündet wurden. Da die Europäische Kommission der Orbán-Regierung keinerlei fiskale Lockerung nachsah, begann die Regierung nicht auf Kosten des eigenen Haushalts, sondern mit dem Einkommen von Banken und Unternehmen mildtätig aufzutreten.

Hilfestellung für Devisenschuldner – zulasten des Bankenprofits. Im Herbst 2011 wurde den Devisenschuldnern die Möglichkeit gegeben, ihre noch ausstehenden Schulden auf einen Schlag zu einem festen Wechselkurs zu tilgen. Um den Hintergrund zu erläutern, sei gesagt, dass ungarische Privathaushalte in den Jahren vor der Krise wegen der hohen Zinsen für Forintkredite so genannte Darlehen auf Devisenbasis aufgenommen hatten. Diese unterschieden sich von den klassischen Devisenkrediten insofern, als die in Ungarn agierenden Handelsbanken im Gegenzug für Devisenmittel, die sie von ihren Stammhäusern erhielten, Kredite in Forint und nicht in „richtigen“ Euro oder Schweizer Franken gewährten. Die Kreditkonditionen sind je nach Wechselkurs und Zinshöhe veränderlich. In den Jahren 2007 und 2008 mussten für einen Euro 240-250 und für einen Schweizer Franken etwa 150 Forint hingelegt werden. Insgesamt also waren Kredite auf Devisenbasis viel billiger als Forintkredite. Nach der Krise verlor der Forint an Wert, und im Verhältnis dazu stiegen die Tilgungsraten, was eine unerträgliche Belastung für die Devisenschuldner war. Deshalb konnten sie einige Monate lang den gesamten Kreditbestand zu einem festen Wechselkurs (1 Euro=250 Forint, 1 Schweizer Franken=180 Forint) tilgen. Von dieser Möglichkeit machten 170.000 Kreditnehmer Gebrauch, das HUF 5300 Milliarden große Devisenkreditvolumen verringerte sich um etwa ein Viertel. Der Marktwert der auf einen Schlag zurückgezahlten Kredite betrug HUF 1354,4 Milliarden. Davon bezahlten die Schuldner HUF 984,2 Milliarden, die Banken erlitten Verluste von HUF 210 Milliarden, und die Folge war, dass die Kreditvergabe für den Erwerb von Wohnraum praktisch zum Stillstand kam, die Banken bei guten Krediten Milliarden verloren (und wohlhabendere Haushalte, unter ihnen viele Parlamentsabgeordnete, genau so viel gewannen), die faulen Kredite aber weiter am Hals hatten. Der Anteil fauler Kredite im Privatkundengeschäft stieg von früher 9 auf 15 Prozent.

In der Zeit, in der die Kredite auf einen Schlag getilgt werden konnten, brach der Forintkurs alle negativen Rekorde, d. h., die Aktion selbst verteuerte noch die verbliebenen Darlehen auf Devisenbasis. Schließlich vereinbarte sich die Regierung mit der Ungarischen Bankenvereinigung in der Frage der so genannten Wechselkurs Sperre, bei der es um die Festsetzung der Höchstsumme für monatliche Tilgungsraten und eine Verlängerung der Laufzeit geht, und mit der teilweisen Übernahme der Zinsen beteiligte sie sich auch selbst daran, die Lasten für die Devisenschuldner zu lindern. In der Vereinbarung sagte die Regierung ferner zu, keine neuen Steuern für den Banksektor einzuführen. Vier Monate später brach sie dieses Versprechen.

Hilfestellung für Privathaushalte. Unter Berufung darauf, dass, gemessen an der Kaufkraftparität, die ungarischen Haushalte das meiste für Strom und Gas bezahlen (nominal gesehen liegen die Preise in Ungarn im europäischen Mittelfeld), ordnete die Regierung per Gesetz an, dass die - zumeist in ausländischem Besitz befindlichen - Anbieter ab dem 1. Januar die Beträge auf ihren Rechnungen um 10 Prozent senken und in Zahlen angeben müssen, wie viel genau die Regierung dem Verbraucher gespart hat. Begleitet wird die Aktion von einer landesweiten Kampagne, um unter Beweis zu stellen, dass Millionen die Politik der Regierung unterstützen. Die "Warmkostensenkung" wird auch auf die Trink- und Abwasserversorgung, die Müllabfuhr- und Schornsteinfegergebühren sowie andere Dienstleistungen für die Bevölkerung erweitert. Durch diese Maßnahme ging die Inflation um zwei Prozentpunkte zurück, und so können nun nach dem Kaufkraftrückgang der Einkommen im letzten Jahr und ein Jahr vor den Wahlen die Reallöhne etwas steigen. Als Antwort kündigte einer der maßgebenden Akteure auf dem ungarischen Markt, der deutsche RWE-Regionalchef Martin Hermann, vor kurzem an, Investitionen in Ungarn um die Hälfte zu kürzen. Er begründete dies mit den Worten: „In einem solchen Umfeld, wo man de facto kurz davor steht, enteignet zu werden, kann man nicht investieren.“. Auch andere Anbieter weisen darauf hin, dass wegen der zehnpromzentigen Preissenkung weniger Geld für Entwicklung und Wartung ausgegeben werden kann, man zu Entlassungen gezwungen sei und die Qualität der Dienstleistungen sinken werden.

Viktor Orbán ist der Auffassung, dass Leistungen für die Bevölkerung Nonprofit-Charakter haben und nicht gewinnorientiert sein dürfen. In diesem Sinne senkt das „Warmkostensenkungsgesetz“ den Gewinn der Anbieter in Privatbesitz auf Null, ja macht das alles zu einem Verlustgeschäft. Das kann deren Verstaatlichung erleichtern, wie mit zwei Unternehmen der deutschen E.ON in Ungarn geschehen (eines davon, der Gasversorger, fuhr seit 2008 ständig Verluste ein).

4. Verstaatlichungen und Errichtung neuer Staatsmonopole

Zu einer Verstaatlichung kommt es in einer Marktwirtschaft normalerweise nur, wenn dies der schnellste und einfachste Weg ist, um schwere Störungen – zumeist vorübergehend – zu beheben. Im Gegensatz dazu ist die Verstaatlichung in Ungarn auch ein Mittel, um die Machtpositionen von Regierung und Fidesz zu festigen. Sie lindert Störungen des Marktes nicht, sondern verstärkt sie eher noch. In einzelnen Fällen versucht der Staat, mit der Errichtung neuer Monopole den Markt auszutrocknen.

Am auffälligsten geht der Staat im Energiebereich vor: Zuerst kaufte er das MOL-Aktienpaket für HUF 500 Milliarden vom russischen Aktionär Surgutneftegas, dann für HUF 260 Milliarden die E.ON-Gassparte in Ungarn. Im gesamten Spektrum von der Stromerzeugung über die Systemsteuerung bis hin zu Handel und Dienstleistungen erweitert er das Profil der staatlichen Unternehmensgruppe Magyar Villamos Művek (Ungarische Elektrizitätswerke) auch auf den Gasgeschäftsbereich, all das unter dem Slogan „energetische Unabhängigkeit“. Gesetzlich ist festgelegt, dass die Sicherheits-Erdgasspeicher nur im Besitz des ungarischen Staates sein dürfen und deren Bewirtschaftung eine Konzessionstätigkeit ist.

Die Regierung versucht, sich die privatisierten Erfolgsbranchen der Planwirtschaft zurückzuholen. An der Börse erwarb sie die Aktien des einstigen Stolzes der Nation, des Maschinenbauunternehmens Rába Holding Nyrt für ca. HUF 8 Milliarden, um einen Ort zur Verwirklichung der eigenen Fahrzeugbauideen zu haben. Aus gleichen Überlegungen heraus würde sie die Bombardier-Mehrheitsbeteiligung an der Firma Bombardier Transportation MAV Kft der Ungarischen Staatsbahnen MAV aufkaufen, die Schienenfahrzeuge überholt und repariert. Als Vorwand für die De-facto-Verstaatlichung des Unternehmens Magyar Alumínium Termelő és Kereskedelmi Zrt. diente die Rotschlammkatastrophe 2010 in Kolontár. Das Ziel, Traditionen und Arbeitsplätze zu bewahren, haben auch die Rettungsaktionen in der Fleischindustrie: Mit Hilfe von insgesamt HUF 6,8 Milliarden an staatlichen Subventionsgeldern übernehmen die Kommunalverwaltungen der Städte: Gyula, Pápa und Kaposvár ihre verlustreichen Firmen.

Im Finanzsektor wurden schon mehrere Versuche dieser Art unternommen, doch nur einer war erfolgreich: Die staatliche Ungarische Entwicklungsbank (Magyar Fejlesztési Bank) kaufte das Minderheitsaktienpaket der Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG an der in mehrheitlich ungarischem Besitz befindlichen Takarékbank. Der Kaufpreis wurde nicht mitgeteilt. Marktakteure schätzen ihn auf HUF 5 Milliarden.

Auf mehreren Ebenen versucht der Staat in den Mobilmarkt zu drängen. Die Ungarische Post, die Ungarischen Elektrizitätswerke und eine Tochterfirma der Ungarischen Entwicklungsbank gründeten einen Mobilanbieter, der auf der Preisversteigerung im letzten Jahr auffallend billig, zu einem Drittel des Preises im Vergleich zu seinen Rivalen, eine Frequenz bekommen hätte. Ziel war es, im öffentlichen Sektor die Dienstleistungen des Staatsunternehmens zu nutzen. Gerichtlich wurde die Ausschreibung dann allerdings für ungültig erklärt. Kraft einer im Dezember 2011 erlassenen Rechtsvorschrift wurde die Bezahlung verschiedener öffentlicher Dienstleistungsgebühren per Mobiltelefon zu einem Monopol des Staates gemacht. Trotz der EU-Liberalisierung des Postbereichs arbeitet die Ungarische Post unter gesetzlichen Bedingungen, die es potenziellen Konkurrenten nahezu unmöglich machen, Marktzugang zu erlangen. Wie zu hören war, hat sich die österreichische Post deshalb an Brüssel gewendet.

Auf dem Gebiet gemeinschaftlicher Dienstleistungen strengt die Regierung Verstaatlichungen unter dem Slogan „Tarifsenkung“ an. Den neuen Gesetzen zufolge dürfen nur Firmen in

mehrheitlich staatlichem oder kommunalem Besitz Dienstleistungen im Bereich der Müllwirtschaft erbringen. Daneben dürfen sie auch Eigner von Wasserwerken sein. Zur Vorgeschichte: 2009 verdrängte die mehrheitliche Fidesz-Stadtführung in Pécs mit Gewalt ihren Partner, die französische Suez Environnement, aus dem Unternehmen Pécsi Vízművek Zrt (Wasserwerke AG), die 2013 HUF 3 Milliarden an Schadenersatz erhielt. Im vergangenen Jahr dann kaufte die Budapester Stadtverwaltung von dem aus deutscher RWE und französischem Suez bestehenden Konsortium das Minderheitsaktienpaket an der Fővárosi Vízművek Zrt (Hauptstädtische Wasserwerke AG) für HUF 15 Milliarden zurück.

Ungeniert hatte die Regierung auch ein Auge auf den Profit auf dem Markt für Verpflegungsgutscheine geworfen. Beim Vertrieb von Gutscheinen, die Beschäftigten zusätzlich zu ihrem Entgelt als Nebenlohnleistung gegeben und für den Kauf von Lebensmitteln und Speisen eingelöst werden können, kommt der Erzsébet-Gutschein der ungarischen Firma Nemzeti Üdülési Szolgálat Kft, im Gegensatz zu ihren Rivalen mit französischen Eignern im Hintergrund (Edenred, Sodexo, Le Chèque Déjeuner) in den Genuss von Steuervergünstigungen. Der Anteil der Letztgenannten an dem auf insgesamt HUF 200 Milliarden geschätzten Markt ist dramatisch gesunken. Le Chèque Déjeuner gab bekannt, sich aus Ungarn zurückzuziehen, und die Europäische Union leitete ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Um ausländische Tabakproduzenten und -vertriebsfirmen zurückzudrängen, hat der Staat den Kleinhandel mit Tabakwaren monopolisiert. Ab Juli 2013 dürfen nur noch die Geschäfte Tabakwaren verkaufen, die eine dafür eine 20-Jahres-Konzession gewonnen haben. Dadurch wird es anstatt der jetzigen mehr als 40.000 Verkaufsstellen im ganzen Land nur noch 5.000-6.000 Trafikläden geben. Formal geht es um die Bekämpfung des Rauchens unter Jugendlichen, in Wirklichkeit aber um eine Neuaufteilung des Marktes zugunsten der Fidesz-Klientel. Nach der Ergebnisverkündung der Ausschreibung, die in einen Skandal mündete, verabschiedete das Parlament eine Gesetzesänderung, durch die ausgeschlossen wird, in ähnlichen Angelegenheiten Einblick in die Namensliste der Gewinner zu nehmen. Um den Gewinnern ihr Einkommen zu garantieren, wurde nachträglich auch die Gewinnspanne auf Tabakwaren erhöht.

Im Zeichen der Sparsamkeit verstaatlichte die Regierung auch das Gesundheits- und Bildungswesen, beides früher zumeist in kommunalem Besitz. Offziell wurde damit der Zweck verfolgt, die Effizienz zu erhöhen, doch wird immer deutlicher, dass es um eine Konzentration der Macht geht. Die Umstrukturierung hat jedoch einen hohen Preis. Der Anteil des öffentlich finanzierten Gesundheitswesens am BIP sank von 5,1 Prozent in 2009 auf 4,8 Prozent, Instrumente und Geräte sind veraltet, Entwicklungsvorhaben laufen nur mit EU-Subventionen. Die Wartelisten werden immer länger, auf bestimmte Operationen muss man Jahre warten. Es herrscht konstanter Mangel an Ärzten und Pflegepersonal, was durch die Abwanderung von Fachkräften ins Ausland noch verschlimmert wird. Trotzdem werden Ärzte und Schwestern über der Altersgrenze zwangspensioniert. Ein Gesetz legalisierte die Annahme von Geldgeschenken im Gesundheitswesen. Ende vergangenen Jahres betrugen die abgelaufenen Schulden der Krankenhäuser ca. 0,3 Prozent des BIP.

Bezeichnend für das ungarische Bildungssystem waren ideologische Vielfalt, Selbstständigkeit einzelner Werkstätten, viele verschiedene Lehrbücher, Fachunterrichtsmittel und pädagogische Methoden. Das nach der Verstaatlichung neu entstandene Mammutamt ist Arbeitgeber von 126.000 Pädagogen in 2748 Einrichtungen und zuständig für das Gedeihen von mehr als einer Million Kinder. Herausgabe und Vertrieb von Lehrbüchern sind de facto zu einem Monopol des Staates geworden, Schulen dürfen nicht direkt bei den Verlagen bestellen. Der Unterricht findet laut zentral vorgeschriebener Lehrpläne statt, von denen zu höchstens 10 Prozent abgewichen werden darf. In den Lebensläufen von Pädagogen schnüffeln Ämter herum, Pädagogen werden bei Erreichen der Altersgrenze in Pension geschickt, über ihre eventuelle Weiterbeschäftigung entscheidet die Regierung, ebenso wie über die von Beschäftigten im Gesundheitsdienst. Den Pädagogen hatte die Regierung ein neues Lebensweg-Modell versprochen, dessen Einführung erst dann zu erwarten ist (vermutlich im nächsten Januar), nachdem die Kaderbereinigung abgeschlossen wurde.

5. Zementierung der wichtigsten Bestandteile der Wirtschaftspolitik

In zweieinhalb Jahren hat die Regierung das in demokratischen Ordnungen gewohnte System von „checks and balances“ abgeschafft. Parteikader haben die Leitung der unabhängigen Einrichtungen übernommen.

Unter den wirtschaftlichen Schlüsselpositionen wurde der einflussreiche Fidesz-Politiker László Domokos an die Spitze des Staatlichen Rechnungshofes gesetzt, der damit sein Abgeordnetenmandat gegen dieses Amt tauschte. Seit März dieses Jahres ist der frühere Wirtschaftsminister, geistige Vater der unorthodoxen Wirtschaftspolitik und Chefideologe György Matolcsy Präsident der Ungarischen Nationalbank. Einer der Vizepräsidenten ist sein früherer Untergebener, der vormals stellvertretende Staatssekretär für Steuerfragen im Wirtschaftsministerium Ádám Balog. Seine Person erfüllt nicht die Kriterien, die das Notenbankgesetz vorschreibt, denn er hat keinerlei praktische Erfahrung „in Fragen, die mit Währungs-, Finanz- oder Bankaktivitäten verbunden sind“. Matolcsys Staatssekretär Gyula Pleschinger wurde Mitglied des Währungsbeirates.

Bereits vor Ablauf seines Mandats hatte man versucht, András Simor, den früheren Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, aus seinem Amt zu entfernen. Die gegen ihn gerichtete Diskreditierungskampagne steuerte der Regierungschef persönlich. An der Aktion beteiligten sich der Aufsichtsrat der Notenbank, in dem Orbán-Berater Zsigmond Járai den Vorsitz führt, und der zur Kontrolle der Notenbank berufene Staatliche Rechnungshof mit Domokos an der Spitze, die Simor auch mit Hilfe der Staatsanwaltschaft das Vergehen der Veruntreuung nachweisen wollten – erfolglos. Die vorzeitige Machtübernahme seitens der Regierung hätten Zweidrittelgesetze erleichtert. Am Widerstand der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank scheiterten jedoch all diese Versuche. Nach ihren Vorgaben entstand eines der modernsten Notenbankgesetze in Europa, das nunmehr die Unverletzbarkeit der aus dem Regierungsapparat an die Spitze der Ungarischen Nationalbank gebeamten Führungskräfte schützt.

Mit der Ernennung Matolcsys zum Notenbankpräsidenten verfügt der Fidesz auch im Haushaltsbeirat über eine Zweidrittelmehrheit. Vorsitzender ist der unabhängige Árpád Kovács, Mitglieder sind die Präsidenten der Ungarischen Nationalbank und des Staatlichen Rechnungshofes. Ihre Aufgabe ist es zu kontrollieren, ob Gesetzesvorlagen zum Haushalt selbst – oder in Verbindung mit ihm – im Einklang mit den so genannten Schuldenregelungen stehen. Im Grundgesetz ist festgeschrieben, dass die Staatsverschuldung 50 Prozent des BIP nicht übersteigen darf, und, solange dieses Ziel nicht erreicht wird, sie Jahr für Jahr zu senken ist – was in weiter Ferne liegt. Die Orbán-Regierung hatte eine Staatsverschuldung von etwas über 80 Prozent als Erblast übernommen, konnte sie jedoch nicht wesentlich senken, obwohl fast die Hälfte des verstaatlichten Vermögens der privaten Rentenkassen dafür verwendet wurde. Das hat zwei Gründe: die Rezession und der Wertverlust des Forint. Da die ungarischen Staatsschulden zu mehr als 40 Prozent in Devisen bestehen, steigt die Staatsverschuldung proportional zur Abwertung des Forint.

Zahlreiche, von vielen kritisierte Bestandteile ihrer eigenen Wirtschaftspolitik haben die Abgeordneten der Regierungsparteien in Zweidrittelgesetzen festgeschrieben. Deren Abänderung ist nur mit den Stimmen von zwei Dritteln der Parlamentarier möglich. So verhält es sich auch mit der Verpflichtung zum Schuldenabbau, von der nur im Falle eines dauerhaften und erheblichen Abschwungs abgewichen werden darf. Diese Regel zwingt der jeweiligen Regierung eine prozyklische Wirtschaftspolitik auf und schließt automatische Stabilisatoren aus.

Ein Zweidrittelgesetz schreibt vor, dass Kommunen zur Kreditaufnahme die Zustimmung des Ministers benötigen. In der Opposition war der Fidesz kein Partner bei der Ausdehnung der fiskalen Regelungen auch auf die Kommunen. Ursprünglich hatte man an die Anwendung der britischen Goldenen Regel gedacht: Kommunen dürfen für ihre eigene Funktionsfähigkeit keine Kredite aufnehmen, nur für Investitionen. Das verhinderte 2007-2008 der Fidesz, der in den Kommunen schon damals die Mehrheit bildete, unter Berufung darauf, dass ein Teil der obligatorischen Aufgaben in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Soziales und Bildung nicht aus dem zentralen Staatshaushalt finanziert werden dürfen. An der Regierung ist er strenger, andererseits übernimmt der Staat nun teilweise oder vollständig die Schulden der Kommunen, die zumeist ebenfalls in Devisen bestehen.

Die Hände ihres Nachfolgers hat die Regierung auch mit der Verankerung der pauschalen Einkommenssteuer gebunden. Deren Einführung kritisierten auch internationale Organisationen, da durch sie eine Einkommensverlagerung von den Ärmeren hin zu den Wohlhabenden stattfindet, und das gerade in den kritischsten Jahren der Krise. Ein Zweidrittelgesetz besagt, dass die Kosten für Kinder und deren Erziehung in Form von Steuererleichterungen für Familien berücksichtigt werden müssen, deren Höhe von der Anzahl der Kinder abhängt, wobei die Unterstützung pro Kind nicht niedriger als ein Jahr früher ausfallen darf. Hintergrund für Aufnahme dieser Passagen in ein Zweidrittelgesetz war, dass die parlamentarische Linke im Parlament die Kindererziehung mittels Kindergeld förderte, das jede Familie unabhängig von ihrem Einkommen erhalten hat. Im Gegensatz dazu

können nun nur Familien mit hohem Einkommen die Steuererleichterungen für Kinder restlos ausschöpfen, d. h., dieses System hilft nur den Wohlhabenden. Liberale Sozialpolitiker bezeichnen es daher als „perverse Neuverteilung“. Beanstandet wurden diese Änderungen auch in Kreisen der Europäischen Kommission.

6. Auf Konfrontationskurs mit der Europäischen Kommission und dem IWF

In der Opposition hatte der Fidesz versprochen, mit dem IWF zu neuen Bedingungen eine Vereinbarung abzuschließen. Daraus wurde nichts. Delegationen des IWF und der Europäischen Kommission kamen im Sommer 2010 nach Ungarn, um Gespräche über die Umsetzung des 2008 begonnenen Kreditprogramms und den verbleibenden Teil des 20-Milliarden-Euro-Rahmens zu führen. (Davon hatten die Gyurcsány- und die Bajnai-Regierungen etwa 14 Milliarden Euro abgerufen.) Im Verlaufe der Gespräche kam es zum Streit. Die internationalen Organisationen hätten eine Korrektur auf 0,5 Prozent des BIP erwartet, waren gegen die Einführung der Bankensteuer und befürworteten die in Aussicht gestellten Steuersenkungen nicht. Nach zweiwöchigen ergebnislosen Verhandlungen reisten die Delegationen ab. Nicht viel später kündigte Viktor Orbán auch offiziell die Vereinbarung aus 2008 auf.

Mangels eines Sicherheitsnetzes verlor der Forint im Herbst 2011 enorm an Wert, der Risikoaufschlag für die ungarischen Staatsschulden schnellte in die Höhe und die Ratingagenturen waren kurz davor, die ungarischen Staatspapiere in die Kategorie „für Anleger nicht empfehlenswert“ einzustufen. Um dem zuvorzukommen, gab die Orbán-Regierung im November 2011 unerwartet bekannt, dass sie sich an den IWF wendet, um mit ihm eine Vereinbarung über einen Vorsorgekreditrahmen (Flexible Credit Rate, Precautionary Credit Rate) abzuschließen. Die IWF-Führung erklärte daraufhin sofort, dass nur der klassische Bereitschaftskredit (stand-by) in Frage käme. Für die Aufnahme von Verhandlungen legte die Europäische Kommission mehrere Vorbedingungen fest, u. a. eine Abänderung des Notenbankgesetzes (Garantien für die Unabhängigkeit) und Korrekturen an der Justizreform (keine Diskriminierung von Richtern bei Erreichen der Rentenaltersgrenze, Minderung der exzessiven Machtbefugnisse des Präsidenten des Landesrichteramtes, Beibehaltung der ursprünglichen Rechtsbefugnisse des Datenschutzbeauftragten). Brüssel drohte mit dem Entzug von Fördermitteln, deren Auszahlung für 2013 vorgesehen war.

Bis zum Sommer nahmen die Spannungen ab, nachdem die Regierung erneut Haushaltskorrekturen vorgenommen und sich darauf eingestellt hatte, das Notenbankgesetz nach den Vorgaben der Europäischen Zentralbank und Kommission abzuändern. Trotzdem verhießen die Verhandlungen nicht all zu viel Gutes: Viktor Orbán erklärte offen, dass er nur zu Scheinzugeständnissen bereit sei und eine tatsächliche Einmischung in seine Politik nicht toleriere. Im Juli kam es bei der einzigen formalen Verhandlungsrunde zu keiner Annäherung der Standpunkte. Als Antwort ließ die Regierung in den Herbstmonaten in bezahlten Anzeigen wissen, dem Druck des IWF nicht nachzugeben, die Renten nicht zu kürzen, keine Immobiliensteuer einzuführen und dass man mehr Respekt vom IWF erwarte. Sofort dementierten die Sprecher der Europäischen Kommission und des IWF, solche Bedingungen gestellt zu haben. Brüssel forderte jedoch im Rahmen des Haushaltsdefizitverfahrens weitere

Korrekturen. Als Reaktion darauf verlängerte die Regierung die Bankensteuer und halste den „Multis“, um Orbán zu zitieren, neue Lasten auf. Vergeblich wurde in den Analysen der internationalen Organisation hervorgehoben, dass es keine Chance für einen Wirtschaftsaufschwung gibt, wenn der Finanzsektor geschröpft wird, rentable Bereiche mit zu hohen Steuern belegt werden, die öffentlichen Lasten Geringverdienender steigen, Sozialleistungen gekürzt werden (unter anderem Verkürzung der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung auf drei Monate) und die Regierung nicht bereit ist ihre Politik zu ändern. Seit dem Herbst spielt sie die IWF-Karte höchstens noch zur Mobilisierung ihrer eigenen Wähler aus.

Zusammenfassung und Ausblick

Mit dem Adjektiv „unorthodox“ versah die Regierung selbst ihre Politik, und keine besorgten externen Beobachter. Nur deckt das Wort unorthodox nicht das Wesentliche dieser Politik ab. Es geht um viel mehr.

Im politischen Sinne findet eine Machtkonzentration in den Händen einer aus wenigen Akteuren bestehenden Partielite, die seit zwei Jahrzehnten in einer Schutz- und Trostgemeinschaft lebt, statt. Diese Elite benutzt ihre Zweidrittel-Überlegenheit dazu aus, nicht abgelöst werden zu können. Die Zentralisierung erstreckt sich auf alle Institutionen, einschließlich der öffentlichen Verwaltung, des Justizwesens, der Medienaufsicht, der Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, der wichtigsten Branchen, des Gesundheits- und Bildungswesens.

Im wirtschaftlichen Sinne lauten die Merkmale dieser Politik Paternalismus (immer stärkere Vormundschaft durch den Staat), Protektionismus (verstärkter Schutz von Unternehmen in mehrheitlich ungarischem Besitz und von ungarischen Produkten), Konfrontationskurs zu den Werten und Normen internationaler Organisationen, statt den Marktwettbewerb zu schützen willkürliches Eingreifen des Staates in die Wirtschaft sowie Aufteilung ausländischer Anleger in „strategische Verbündete“ und „Kolonialisten“, in „produzierende“ Unternehmen, die sich den Zielen der Regierung anpassen, und in Dienstleister, die in die Nonprofit-Position gezwungen werden müssen.

Im ideologischen Sinne stellt sich die Regierung gegen liberale Werte, gegen ideelle Vielfalt, gegen die Idee des weltanschaulich neutralen Staates. In Ungarn wird eine auf Arbeit basierende Gesellschaft errichtet, gestützt auf christliche Traditionen, was im Grundgesetz im „Nationalen Glaubensbekenntnis“ verankert ist. Auf erklärte Weise unterstützt die Regierung die Mittelschicht, und nicht die Bedürftigen. Für den Regierungsstil ist Populismus charakteristisch: die nutzbringende Bedienung des Wählerwillens, der Öffentlichkeit, was immer offener mit Nationalismus und Feindlichkeit gegenüber dem Westen kombiniert wird.

Diese Politik kann zu keinem dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg führen. Eine der am weitesten geöffneten Wirtschaften der Welt darf keine protektionistische Politik verfolgen, dabei kann sie nur verlieren.

In den vergangenen drei Jahren bestand der größte Widerspruch darin, dass die Regierung zwar formal sehr vieles unternommen hat, um Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft zu verbessern, aber dennoch nicht viel damit erreicht hat. Zur Wachstumsförderung führte sie die Pauschalsteuer ein, unterstützt die Beschäftigung junger und älterer Arbeitnehmer durch Ermäßigungen bei den Abgaben, kleine und mittlere Unternehmen genießen Steuererleichterungen, können sich für die Zahlung einer Pauschalsteuer entscheiden, der Arbeitsmarkt ist nach der Neuabfassung des Arbeitsgesetzbuches flexibler geworden, vom Streikrecht kann praktisch kein Gebrauch gemacht werden. Von Vorteil für Exporteure ist die laufende Abwertung des Forint. Mit Beginn der Sommermonate finanziert die Notenbank die Kreditvergabe mit Darlehen zu 0 Prozent Zinsen.

In der anderen Waagschale liegen jedoch mangelnde Rechtssicherheit, eine schnelle, keinen Widerspruch duldende Gesetzgebung, die an den Ausnahmezustand erinnert, eine katastrophale Geschäftsstimmung, Kreditknappheit, mangelnde Transparenz, und unberechenbare staatliche Eingriffe. Aus dem einst auf seine Kapitalanziehungskraft so stolzen Ungarn ziehen sich die Anleger zurück, ein Teil der ungarischen Arbeitskraft (nach Schätzungen des Wirtschaftsministers 500.000 Menschen) ist ins Ausland abgewandert.

Infolge des schwachen potenziellen Wachstums bleibt die Staatsverschuldung auf Dauer in der Gefahrenzone. Der Forint reagiert auf jeden, noch so kleinen Reiz und kann bei jedweder Runde in der Eurozonenkrise oder auch nur einer schlechten Erklärung der Regierung oder des Notenbankpräsidenten an Wert verlieren. Der Risikoaufschlag für ungarische Staatspapiere schwankt. Doch wenn die Kredite, die zur Erneuerung der Staatsschulden gebraucht werden, teuer sind, oder wenn der Forint auf schwachen Beinen steht, dann kann es wieder zu Finanzierungssorgen kommen, und das angesichts des feindseligen Verhältnisses, in das sich die Regierung zum IWF manövriert hat.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation waren in den vergangenen zwei Jahren immer wieder Haushaltskorrekturen nötig. Die Regierung machte diese Korrekturen auf Kosten des Profits in der Privatwirtschaft und der Geringverdienenden in einem Politikmix, der die Wachstumsbedingungen nur verschlechterte. Durch die Rezession setzten sich die Sparmaßnahmen fort, die den Boden für ein Wachstum weiter zerstörten. Eine gewisse Beruhigung trat nur in den kurzen Zeiträumen ein, in denen die Glaubwürdigkeit von Regierungsmaßnahmen nicht in Zweifel gezogen wurde (in den Monaten nach Bekanntgabe des Széll-Kálmán-Plans, im Frühjahr 2011) oder als geringe Chancen für eine Vereinbarung mit dem IWF bestanden (zum Sommerende 2012). Heute wird die Finanzierung der Staatsschulden auch durch die lockere Währungspolitik der Europäischen Zentralbank erleichtert. Im Vergleich zu Null ist der Ertrag der ungarischen Staatspapiere mit 5-6 Prozent recht attraktiv. Nichts hat sich jedoch an der Verletzlichkeit der ungarischen Wirtschaft geändert.

Im besten Szenario erleben wir in diesem Jahr einen Zustand nahe der Stagnation, in dem sich die Staatsverschuldung nahe der heutigen Höhe stabilisiert und auch der Forint nicht zu sehr nach unten rutscht. Vor den anstehenden Wahlen kann es nicht im Interesse der Regierung liegen, Liquiditätsprobleme oder eine erneute Forintabwertung zu riskieren (wenn sie denn nicht daran glaubt, dass ihr gerade die entfachten nationalistischen Emotionen zum Sieg verhelfen). Im kommenden Sommer muss jedoch ein neuer, nachhaltiger und glaubwürdiger Makroweg beschritten werden, wenn möglich mit Unterstützung durch die internationalen Organisationen. Als Teil davon wird ein Politikmix gebraucht, der das Wachstum tatsächlich fördert.

Bei einem Sieg der Opposition werden alle Chancen von den Zweidrittelgesetzen blockiert. Nicht von ungefähr bezieht sich das einzige ausdrucksstarke Versprechen der Opposition auf die Wiederherstellung der Rechtsordnung einer „Republik“, denn ohne sie wäre eine wirtschaftspolitische Wende nicht möglich. Vergeblich schreiben alle demokratischen Parteien in ihre Programme, im Zeichen einer gerechteren Lastenverteilung zum mehrstufigen Einkommenssteuersystem zurückzukehren, wenn sie Zweidrittelgesetze nicht abändern können. Die Sondersteuern, die ein Wachstum behindern, würden sie nur stufenweise abschaffen, zum Beispiel indem deren Bemessungsgrundlage um Investitionen vermindert werden kann. Diese Möglichkeit überlegt sich zurZeit auch die Orbán-Regierung. Auf der anderen Seite wagen sie es nicht, sich offen gegen die protektionistischen und populistischen Merkmale der Orbánschen Regierungspolitik zu stellen, weil die Unterstützung für den Fidesz gerade (auch) darauf beruht – keine guten Aussichten darauf, dass die internationale Attraktivität Ungarns wiederhergestellt werden kann.

Über den Autor:

Zoltán Farkas ist Redakteur der ungarischen Wirtschaftszeitschrift HVG

Übersetzung aus dem ungarischen Original: Peter Schmidt